



## Antrag



Bremerhaven, 17.01.2017 | Jörg Zager

### **Keine Übertragung, auch nicht teilweise, der Gehaltsabrechnung des Personalamtes beim Magistrat der Stadt Bremerhaven auf Performa Nord**

Der Unterbezirksparteitag der SPD fordert die Stadtverordnetenfraktion auf, einer Übertragung der Gehaltsabrechnung des Personalamtes beim Magistrat der Stadt Bremerhaven auf Performa nicht zuzustimmen und den Magistrat aufzufordern alle Aktivitäten zur Übertragung einzustellen.

Begründung:

In der Vereinbarung des Landes Bremen mit der Kommune Bremerhaven zu Eckpunkten in den Bereichen Lehrerversorgung, Polizeiausstattung, Personalabrechnung und -service sowie ein Landesprogramm zur Haushaltssicherung vom 15. März 2016 wurde festgelegt, dass die Gehaltsabrechnungen im Bereich des unterrichtenden Personals und der Polizei Bremerhavens auf Performa Nord übertragen. Dies beinhaltet auch die Versorgungsfestsetzung und -berechnung der pensionierten Lehrkräfte sowie der Polizistinnen und Polizisten. Die Übernahme von Aufgaben des Personal-Services durch Performa Nord wird von Bremen und Bremerhaven ausgearbeitet, um weitere Synergie-Effekte zu erzielen.

Aus der jetzt vorliegenden Kosten-Nutzen-Analyse geht hervor, dass sich bei einer Übertragung auf Performa Nord kein wirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Bremerhaven ergibt. Das Gegenteil ist der Fall. Ausweislich einer Wirtschaftlichkeitsberechnung durch den Magistrat ergibt sich für die Stadt Bremerhaven im Zeitraum von 2017 bis 2024 ein finanzieller Mehraufwand in Höhe von mindestens 691.000,00 €. Es steht zu befürchten, dass der Mehraufwand im Haushaltsvollzug deutlich höher ausfallen wird. Bereits im laufenden Haushaltsjahr muss mit einer zusätzlichen Belastung in nicht geringer Höhe gerechnet werden.

Das Ziel der Vereinbarung weitere Synergie-Effekte zu erzielen wird damit eindeutig verfehlt.

Die Vergabe der Personaldienstleistungen an Performa Nord verursacht erhebliche strukturelle Mehrbelastungen. Die Stadt hat sich aber verpflichtet, das kommunale strukturelle Defizit Schritt für Schritt zu verringern. Die Vergabe der Personaldienstleistungen an Performa Nord müsste daher durch weitere Maßnahmen kompensiert werden.

Es ist nicht vermittelbar, dass der Magistrat eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre frei werdender Stelle, mit dem Ziel beschlossen hat, Personalkosten zu sparen und somit den städtischen Haushalt zu entlasten, und auf der anderen Seite Mehraufwendungen getragen werden sollen.